

Preisanstieg bei Fernwärme ist intransparent, verteuert aber das Wohnen, wirkt als sozialer Sprengstoff – VNW fordert unabhängige Kontroll-Behörde

Angesichts der deutlich gestiegener Fernwärmepreise haben die am Gemeinwohl orientierten Vermieter Mecklenburg-Vorpommerns eine unabhängige Behörde gefordert, die die Preise für Fernwärme laufend beobachtet, kontrolliert und umgehend eingreift, wenn zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher Reibach gemacht wird.

Die Nutzerinnen und Nutzer können nicht mal eben den Anbieter wechseln



Andreas Breitner, Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen: Wenn Energieversorger ankündigen, dass die Fernwärmekosten sich auf einen Schlag verdreifachen oder sogar vervierfachen, dann wirft das Fragen auf. Foto: VNW

„Die Mieterinnen und Mieter von mehr als 75 Prozent der im VNW organisierten Wohnungsunternehmen beziehen Fernwärme“, sagte **Andreas Breitner, Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW)**, am 7. Dezember auf der Mitgliederversammlung des VNW-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern in Göhren-Lebbin. „Das Problem: Die Nutzerinnen und Nutzer können nicht mal eben den Anbieter wechseln, wenn sie unzufrieden sind.“

Dieses ‚naturegegebene‘ Ungleichgewicht zwischen Anbieter und Nutzer müsse dadurch geheilt werden, dass die Anbieter von Fernwärme effektiv kontrolliert würden, sagte Andreas Breitner. **„Sie müssen ihre Kostenstruktur öffentlich und transparent darlegen** und nachvollziehbar begründen, warum sie ihre Preise erhöhen wollen. Nur dann werden die Menschen es auch akzeptieren.“

Zwar gelten auch für die Fernwärme ähnliche Entlastungsprogramme wie für den Gaspreis. Der Dezemberabschlag wird über-

nommen. Zudem gilt bis April 2024 ein Preisdeckel von 9,5 Cent pro Kilowattstunde für 80 Prozent des angenommenen Jahresverbrauchs.

„Zuletzt haben die Mieter von vielen VNW-Unternehmen aber erleben müssen, wie der Fernwärmeanbieter die Preise deutlich erhöhte, ohne jedoch die Gründe transparent zu machen“, sagte VNW-Direktor Andreas Breitner. **„Wir haben Sorge, dass im Schatten der Preisbremse an der Preisschraube gedreht wird und die Mieterinnen und Mieter dann nach deren Ende in eineinhalb Jahren zu Kasse gebeten werden.“**

Der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) vertritt in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein insgesamt 406 Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften. In den von ihnen verwalteten 686.000 Wohnungen leben rund 1,5 Millionen Menschen. Die durchschnittliche Nettokaltmiete pro Quadratmeter liegt bei den VNW-Unternehmen bei 6,26 Euro. Der VNW ist der Verband der Vermieter mit Werten.

Tourismus & Nachhaltigkeit

THEMA VI

ISBN: 978-3-946609-02-5



16,90 €

„Eine nachhaltige Tourismusedwicklung erfordert mehr als die Flankierung ökonomischer Belange durch ausgewählte soziale und ökologische Aspekte.

Die Verfolgung des nachhaltigen Tourismus bedeutet insofern vielmehr einen Paradigmenwechsel, als das nach wie vor zum Teil bestehende Verständnis, wonach der Tourismus vorwiegend als Wirtschaftsbranche zu verstehen sei, abzulösen ist durch eine Anerkennung der Gleichwertigkeit der drei klassischen Säulen der Nachhaltigkeit: Ökonomie, Soziales und Ökologie.

Nachhaltigkeit bedeutet, dass keine der drei Säulen priorisiert wird, und nachhaltiger Tourismus bedeutet, dass unter dieser Prämisse Lebensräume mitgestaltet und Lebensqualität aufgebaut und gesichert werden kann.“

(Bernd Eisenstein, S. 31)

**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

DIE KULTURZEITSCHRIFT FÜR DEN NORDEN

IN KOOPERATION MIT



Große Verunsicherung und Verärgerung

Derzeit herrsche bei vielen Mieterinnen und Mietern große Verunsicherung und Verärgerung, sagte der VNW-Direktor. „Wenn Energieversorger ankündigen, dass die Fernwärmekosten sich auf einen Schlag verdreifachen oder sogar vervierfachen, dann wirft das Fragen auf. Eine Preisexplosion dieser Größenordnung erklärt sich auch in Zeiten allgemein steigender Energiepreise beim besten Willen nicht von selbst.“ **Die Landesregierung und die Kommunen forderte VNW-Direktor Andreas Breitner auf, bereits vorhandenen Kontrollmöglichkeiten auch zu nutzen.** „Gerade bei kommunalen Versorgern haben die Lokalpolitiker Einfluss. Sie müssen diese Möglichkeiten nur auch nutzen.“

Kaum Preisvergleich zwischen Fernwärmeanbietern möglich

VNW-Direktor Andreas Breitner beklagte zudem, dass ein direkter Preisvergleich zwischen den Fernwärmeanbietern für den Normalbürger kaum möglich ist. „Jeder Anbieter definiert seine Kostenstruktur selbst. Für den einen beispielsweise gilt ein Kunde mit 200 Wohnungen als Großabnehmer, für einen anderen erst ab 500 Wohnungen. Das führt zu einer kolossalen Undurchsichtigkeit und lässt dem einzelnen Wärmeversorger Freiraum, auf Kosten der Mieterinnen und Mieter Profit zu machen.“

Vor allem Fernwärmeanbieter mit günstigen Preisen müssten nach den Worten von VNW-Direktor Andreas Breitner daran interessiert sein, Transparenz herzustellen. „Sie werden mit jenen in einen Topf geworfen, die die aktuelle Energiekrise schamlos ausnutzen, um Geld zu machen.“

Der VNW-Direktor äußerte zudem die Erwartung, dass Fernwärmeanbieter auf sinkende Einkaufspreise für Energieträger rasch reagieren und diese Kostensenkungen „zeitnah“ an die Haushalte weitergeben. „Alle Energiekosten brauchen Transparenz. Preissteigerungen müssen erklärbar und nachvollziehbar sein. Wo dies nicht der Fall ist, muss eingegriffen werden.“

„Die am Gemeinwohl orientierten Vermieter haben die explodierenden Fernwärmepreise nicht zu verantworten“, sagte VNW-Direktor Andreas Breitner. **„Der Preisanstieg verteuert aber das Wohnen insgesamt und wirkt als sozialer Sprengstoff.** Wer in einer kalten Wohnung leben soll, den wird man über kurz oder lang auch mit Klimaschutzanforderungen nicht mehr erreichen. Wenn die Fernwärme ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende bleiben soll, muss jetzt gehandelt werden.“

Oliver Schirg